

Eine Auseinandersetzung zwischen Ultramontanen und Clerical-Conservativen.

Unser Berliner Δ-Correspondent schreibt vom 9. d.: Die Auseinandersetzungen, die vorgestern nach dem Berichte der „Germania“ im Verein der Centrumpartei über das Treiben des Landtagsabgeordneten Gremer stattgefunden haben, verdienen bei der Bedeutung, die ein „clerical-conservatives“ Wahlbündnis in sehr vielen Wahlkreisen haben würde, eine weit größere Beachtung, als die beiläufige Persönlichkeit sonst verdient. Was diese anlangt, so hat Herr C. S. Gremer, 1840 zu Bonn geboren und seit 1875 Landtagsabgeordneter für Köln-Bergheim-Euskirchen im Abgeordnetenhaus trotz einer Reihe sensationell ausfallender Reden, die höchstens von einem krampfhaften und deshalb deplacierten Streben, durch Schlagwörter und neue Wortspiele von wenig Witz zu imponieren, zeugten, den gewünschten Einfluß nicht gewonnen, auch seine Leistungen als Schriftsteller und Redacteur fanden keine erhebliche Anerkennung. Dagegen entwickelt er jetzt augenblicklich ein hervorragendes Rednertalent für Berlinische Versammlungen von Conservativen, Zünftlern, Antisemiten etc., kurzum vor demselben Publikum, welches den Herrn Stöcker, Ruppelt, Jessel, Eimprecht, Henrich zuzuschaut und vor welchem in allerneuester Zeit auch das deutschconservative preussische Kleinjunkerthum sich als die wahre Vertretung der deutschen Bürger und Bauern aufzuspielen beliebt. Gremer ist vor diesem Publikum, welches wohl nicht mehr als 10 bis 15 pCt. Katholiken enthalten dürfte, entschieden der beliebteste von allen bisher aufgetretenen Rednern; er wird bereits beim Erscheinen mit stürmischem Jubel begrüßt — und das auf märklichem Sande, in dem kritischen, ungläubigen Berlin, welches weniger, als jede andere Großstadt Europas Hinnahme für den unfehlbaren Paps und seine Gläubigen hegt. Gremer hat nun mit Pastor Diebstelkamp und Professor Wagner das conservative Wahlprogramm für Berlin entworfen und darin die Revision der kirchenpolitischen Gesetze auf Grund der historischen Stellung der katholischen Kirche in Preußen und Deutschland verlangt. („Ich danke vor der historischen Stellung der Kirche unter dem preussischen Landrecht!“ erwiderte der Director der „Germania“ (Sirund.) Außerdem aber haben die conservativen Leiter der Bewegung im Principe zugesagt, in einen der sechs Berliner Wahlkreise einen Centrumsmann aufzustellen! Das ist allerdings eine Zusage, deren Erfüllung Herrn Gremer stolz machen könnte: In der „protestantischen Kaiserstadt“ mit nur 7—8 pCt. katholischer Bevölkerung stellt die Regierungspartei, die Partei des Reichskanzlers einen Ultramontanen, einen Vertreter des römischen unfehlbaren Papsitums als Candidaten auf! — Bald nach Pfingsten soll die Sache vor sich gehn. Wir verdenken dem Berliner Verein des Centrums nicht, daß sich in Aussicht auf dieses Canossa, welches ihm Gremer „als Vertrauensmann des Vereins“ von dem conservativen, protestantischen „Junker- und Pfaffensthum“ erredet hat, im Hinblick auf diese Rom-Wallfahrt der Mirbach's und Minnigerode's, der Stöcker und Diebstelkamp und Genossen, die große Mehrheit für Gremer und damit wider die „Germania“ und ihr Votum „gegen die politische Equilibristik, wie sie Herr Gremer in den gouvernemental-conservativen Versammlungen exercirt“ und somit wider die „maßgebenden Mitglieder der Centrumsfraction“ erklärt hat. Aber o weh! — Herr Gremer wird ganz gewiß nicht Recht behalten; er, — der durch seine rege Phantasie (wie die neuliche Berichtigung seiner abenteuerlichen Behauptungen über den Invalidenfonds im Reichstage durch den Abg. Hermes erwies) selbst mit einem Stöcker rivalisiren kann, wird keinen Berliner Wahlkreis und keine ultramontane Candidatur in Berlin erobern, er wird von seinen Bundesgenossen, die sich — wie er versichert — „bei den Verhandlungen bisher als Ehrenmänner erwiesen haben“, bald den verdienten Tritt erhalten und mag sich dann als großer Staatsmann zu Don Carlos begeben, dem er während seines revolutionären Putschs von 1874 in seinem Carlislelager für die künftige als König von Spanien zu befolgende Politik die eingehendsten Rathschläge gab, die er selbst in seiner Schrift „Aus dem Carlislelager“ dahin zusammenfaßt: „Stets einer wirklich katholischen Politik treu zu bleiben, ohne dieselbe in demonstrativer Weise hervorzutreiben; nie zu vergessen, was er seinem Volke für die großen Opfer schulde, die es im Kampfe für die legitime Monarchie gebracht; nicht zu schnell vorzubringen, sondern das schrittweise dem Liberalismus abgerungene Gebiet erst im Sinne der carlistischen Regierung durch entsprechende Institutionen dauernd zu erobern; sich niemals in eine äußere Frage, selbst nicht in die der weltlichen Herrschaft des Paps einzumischen, bevor die inneren Angelegenheiten Spaniens hinreichend geordnet seien.“ Der „König“ billigte das Programm, aber die Spanier jagten ihn aus dem Lande.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

56. Sitzung vom 9. Juni.

1 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: v. Bötticher, Lohmann u. A. Eingegangen sind die Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und der Schweiz, im Anschluß an den letzteren die Verabredung in Betreff des gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst; außerdem die Uebersicht der Ergebnisse der Heeresergänzung im Jahre 1880. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Verabredung des Gesetzesentwurfs, betr. die Abänderung der Gewerbe-Ordnung. Abg. Baumbach: Die Vorlage läßt eine Revision derjenigen Bestimmungen vermissen, welche sich nach der Gewerbeordnung auf die bereits bestehenden Innungen beziehen. Diese Revision ist von liberaler Seite und von der Deutschen Reichspartei wiederholt, aber ohne Erfolg in der Commission angeregt worden. Es giebt jetzt schon eine ganze Reihe von Innungen, welche ganz dasselbe leisten, wie die neuen Innungen. Es wäre unbillig, den neuen Innungen Rechte einzuräumen, welche man den alten verweigert. So bestimmt beispielsweise § 91 der Gewerbeordnung, daß die executivische Beziehung der Innungsbeiträge im Verwaltungswege nicht mehr zulässig ist, während die neue Bestimmung dieses Gesetzes das gerade Gegentheil statuiert. Das ist eine Anomalie, welche beseitigt werden muß. Man hat uns Liberalen vorgeworfen, wir wollten dieses Gesetz zu Falle bringen. Das ist unrichtig. Wir haben uns nur gegen die Zwangsbestimmungen erklärt. Wir stehen auch jetzt noch auf diesem Standpunkte, zumal da sich viele Gewerbebetreibende ebenfalls gegen Zwangsinnungen ausgesprochen haben. Auch hier heißt es principiell obsta, und ich stehe nicht an, zu erklären, daß für den Fall der Annahme der Zwangsbestimmungen das ganze Gesetz für uns unannehmbar ist. Ich empfehle Ihnen ferner die Annahme meines schon in der zweiten Lesung gestellten An-

trages, welcher nur den Zusammentritt gleicher und verwandter Gewerbe zu Innungen gestattet.

Abg. v. Hertling: Der Vorwurf, den die Abg. Richter und Lasker erhoben haben, daß ich in der Frage der Zwangsinnungen jetzt eine andere Position einnehme, wie früher, nöthigt mich zur Abwehr. Ich habe der Regierungsvorlage zugestimmt, weil ich ihr den außerordentlichen Werth, daß sie corporative Verbände auf dem Gebiete des Gewerbelbens bildet, glaube beilegen zu sollen. Ich habe keineswegs gemeint, daß die Innungen das einzige Mittel seien, dem Gewerbeleben einen gewissen Impuls zu geben, ich habe ihre Wiederbelebung infolge für empfehlenswerth gehalten, als sie die allmähliche Auflösung des Kleingewerbebetriebes in den Großbetrieb verhindern. Ich habe zwar gegen die Zwangsinnungen im vorigen wie in diesem Jahre verschiedene Bedenken angeführt; ich habe namentlich auf die Verschiedenheit der gewerblichen Verhältnisse hingewiesen, welche sich nicht in eine Schablone zwängen lassen. Ich halte aber die freien Innungen keineswegs für ein Dogma. Es ist durch meine principielle Haltung in der Innungsfrage keineswegs ausgeschlossen, daß ich in einzelnen bestimmten Fällen gewissen corporativen Bildungen auf dem Boden des Gewerbelbens weitergehende Privilegien zuweise. Denn es handelt sich nicht um eine Schablone, sondern um den Schutz wohlverordener Rechte und Interessen. Wir wollen mit diesem Gesetze diejenigen, welche in die Innungen eintreten wollen, einen gewissen Anreiz geben. Wenn im § 100e den Behörden gewisse Befugnisse ertheilt werden, so halte ich dies nicht für so außerordentlich bedenklich, zudem befinden wir uns in einem Uebergangsstadium, welches vielleicht später einer gefälligen Milderung weichen wird. Ich bitte Sie also, diesen Versuch zu machen. Nehmen wir dieses Gesetz nicht an, so fürchte ich, daß der Sturmhauf der Innungen die Regierung zu noch weitergehenden Forderungen drängen wird. (Beifall.)

Abg. Löwe (Berlin): Für diesen Fall wäre allerdings die Annahme dieses Gesetzes der Ablehnung vorzuziehen. Ich glaube aber, daß man gewisse Kreise auch nicht mit weitergehenden Zugeständnissen befriedigen wird. Jene Kreise werden erst zufrieden sein, wenn sie die volle Junft vergangener Jahrhunderte erlangt haben. Der Abg. von Hellborn hat zwar gegen die Zwangsinnungen gesprochen. Ich für meine Person habe allen Respekt vor dieser Erklärung. Er wird es uns aber nicht verdenken, wenn wir Bedenken haben, nachdem seine Freunde außerhalb des Hauses das Gegentheil gesagt haben. Nun werden ja die Bäume nicht in den Himmel wachsen, und es werden kaum schlimmere Majoritäten in das Haus kommen, als wir sie jetzt haben; es ist aber unsere Aufgabe, jeden Sturmhauf gegen die Gewerbeordnung von vornherein zurückzuweisen. Darüber möge man sich nicht täuschen: die Innungen mit ihrem Polizeiapparat helfen dem Handwerke herzlich wenig. Wer es ehrlich mit demselben meint, muß den Forderungen der Neuzeit Rechnung tragen. Wo dies geschieht, prosperirt auch das Handwerk, ich verweise nur auf Frankreich und Nordamerika. Wir müssen die Handwerker technisch tüchtig ausbilden, dann werden sie auch etwas leisten und nicht fortwährend nach Staatshilfe rufen. Jene Richtung des Handwerks, welche hinter der modernen Entwicklung zurückgeblieben, ist verurtheilt von der Weltgeschichte. Mit Polizeimaßregeln bringen Sie das Handwerk nicht vorwärts, machen Sie es concurrenzfähig gegenüber dem Ausland! Sie müssen Schulen errichten, die Bildung von Genossenschaften fördern und denselben corporative Rechte einräumen, wie sie unser Freund Schuler verlangt hat. Durch die Einräumung solcher Privilegien, wie in der Vorlage, nähern Sie dem Handwerk wenig, Sie schädigen damit vielmehr die quantitative und qualitative Entwicklung des Lehrlingswesens. Auf das Wohlwollen der Behörden können wir uns nicht verlassen; wir bürft uns dafür, daß die Innungen in das politische Jahrwasser der Regierung mit fortgerissen werden? Sollte der § 100e angenommen werden, so ist das Gesetz für uns unannehmbar.

Abg. v. Minnigerode: Die Erfahrung hat bewiesen, daß ohne einen gesetzlichen Anstoß die Bildung von Innungen nicht möglich ist. Aus diesem Grunde ist die Vorlage durchaus notwendig; es bedarf jedoch dabei der größten Vorsicht, da wir genöthigt sind, auf diesem Gebiete von Grund auf neu aufzubauen. Auch für mich bildet der § 100e den Kernpunkt des Gesetzes, weil er den Innungen einen Inhalt giebt, welcher sie lebensfähig machen soll; darüber hinausgehen nach den Wünschen der Anhänger der obligatorischen Innungen würde ich nicht für zweckmäßig halten. Diejenigen, welche den Innungen auch die im § 100e aufgeführten Befugnisse, einschließlich des alleinigen Rechts zur Ausbildung von Lehrlingen, nicht zugestehen wollen, sind Gegner jeder Innung. Die Organisation des Handwerks ist aber notwendig gegenüber der Uebermacht des Großcapitals. Die corporative Gestaltung soll den Einzelnen in seiner Widerstandsfähigkeit kräftigen und dadurch der Socialdemokratie entgegenarbeiten, denn jeder in seiner Existenz durch das Großcapital ruinirte Handwerker ist ein Aspirant der Socialdemokratie. Die Fortschrittspartei, welche diesem conservativen Bestreben entgegentritt, behauptet, sie sei die eigentlich conservativste Partei, denn sie wolle das Bestehende erhalten. Aber was ist denn auf diesem Gebiete das Bestehende Anderes, als das Chaos? Nicht conservativ ist die Fortschrittspartei geworden, sondern zum richtigen Stillstand ist sie gekommen; ich glaube, sie sagt mit einem gewissen Selbstbewußtsein von sich selbst: was bilst mir der Fortschritt, wenn er nicht — gerollt ist. (Heiterkeit. Oh! links.) Auch die nationalliberale Partei nimmt in dieser Frage eine passive Haltung an, die nach meiner Ansicht weder für uns noch für ihr eigenes Parteinteresse förderlich ist. Die Zeit der stöbollen Programme und der glänzenden Reden in der Paulskirche ist vorüber. Die Forderungen des Tages sind hart, und nur diejenigen Parteien, die sich bemühen, unter allen Umständen des Augenblicks und unter voller Uebernahme der Verantwortlichkeit in diese Culturbewegung des Tages einzutreten, haben eine Bedeutung für die Zukunft. (Beifall rechts.)

Ich würde mich nicht so bestimmt in dieser Richtung aussprechen, wenn nicht eine Stelle des vor Kurzem veröffentlichten Programms direct dazu herausforderte. Es heißt da mit Bezug auf die Innungen: Wir wollen zu den abgeforderten Formen unseres wirtschaftlichen Lebens nicht zurückkehren. Nun, m. H., eine Rückkehr zu den abgeforderten Formen des wirtschaftlichen Lebens wollen wir nicht, sondern eine Wiederbelebung des Geistes derselben. Man weist von den Gegnern darauf hin, daß die Urheber der Agitation viel weiter gehen und die Wiederherstellung der Zwangsinnungen fordern. Es liegt in der Natur der Sache, daß man, um eine Agitation ins Leben zu rufen, das Ziel möglichst scharf formuliren, die Fahne möglichst hoch stecken muß. Einen Vorwurf kann ich gegen die Urheber der Agitation daraus nicht heilen, wenn ich auch selbst die Einführung von Zwangsinnungen nicht für zweckmäßig halte. Ich stehe in dieser Beziehung vollständig auf dem Boden der Erklärung, welche bei der früheren Beratung Herr von Hellborn abgegeben hat. Unser ideales Ziel ist die feste Gliederung des gesamten Handwerks, wir wollen dieselbe aber nicht auf dem Wege des Zwangs herbeiführen, sondern hoffen, durch die Vortheile, welche die Vorlage den Innungen bietet, von selbst zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Der Abg. Richter sprach neulich bei dem Unfallversicherungsgesetz von einer Gruppe Hafenarbeiter-Klein-Regen-Bastalle; angesichts der heutigen Uebereinstimmung der Fortschrittspartei mit der Socialdemokratie könnte ich den Spieß umkehren, wenn ich überhaupt glaube, mit solchen Gruppierungen, die vielleicht in großen Wahlversammlungen der Provinz als Schlagwort recht wirksam sein mögen, vor das Haus treten zu dürfen. Man hat uns von fortschrittlicher Seite vorgeworfen, daß in unserer Partei selbst Uneinigkeit herrsche.

Unser Ehrgeiz ist nicht dahin gerichtet, wie die Fraction Richter nach einem einheitlichen Commando zu marschiren; wir lassen dem Einzelnen gern seine individuelle Ueberzeugung, ganz abgesehen davon, daß eine völlige Uebereinstimmung der Ansichten in einer kleinen Fraction viel leichter herbeizuführen ist als in einer großen. Auch der Vorwurf, daß wir eine Partei Bismarck sans phrase wären, trifft uns nicht; wir gehen unseren eigenen Weg, werden aber stets erfreut sein, uns auf denselben mit dem Reichskanzler zusammen zu finden und seiner mächtigen Unterstützung zur Erreichung unserer Ziele sicher zu sein. Derartige Vorwürfe seitens der Fortschrittspartei finde ich sehr begreiflich, da wir unmittelbar vor den Wahlen stehen, und ich bewillige deshalb gern mildernde Umstände; ob

Sie damit aber große Erfolge erzielen werden, möchte ich bezweifeln. Ich habe schon vorher ausgesprochen, daß nur diejenigen Parteien eine Bedeutung für die Zukunft haben, welche mit voller Energie in diese Culturbewegung des Tages eintreten; die Fortschrittspartei hat sich auf diesem Gebiete weit überholten lassen. Sie stellt sich auf den Standpunkt des Nachträgers des Herrn Bamberger, welcher neulich Herrn v. Kleist-Rehnow vorwarf, er wolle dem Staat nicht bloß des Nachts, sondern auch bei Tage die Rolle des Nachträgers zuweisen. Ich möchte Herrn Bamberger darauf erwidern, daß er selbst die Rolle des Freihändlers nur bei Tage zu spielen scheint, im Dunkeln aber, wenn es sich um den Traubenzoll handelt, gern die Rolle eines Schützöllners spielt. (Heiterkeit!) Wir unsererseits bemühen uns, Tag und Nacht in unseren Bestrebungen uns gleich zu bleiben. Wir treten für die Interessen des Handwerks mit voller Uneigennützigkeit ein, bis wir — wie ich hoffe — zum glücklichen Ziele gelangen werden. Wir sind überzeugt, uns dabei auf einem guten Wege zu befinden. (Beifall rechts.)

Abg. Böttcher (Waldeck): Der Vorredner erklärte, die conservativste Partei wolle ebensoviele wie wir zu den abgeforderten Formen unseres wirtschaftlichen Lebens zurückkehren, sondern nur den Geist dieser abgeforderten Formen wieder beleben. Wir wollen dies nicht, denn der Geist der alten Junfte war der Geist der Engberzigkeit, und der Geist, den wir pflegen wollen, ist der Geist des Gemeinmuths im Handwerk. Wir wollen an den modernen Gedanken des Genossenschaftswesens anknüpfen und die Organisation des Handwerks nur in der Form der freien Genossenschaft fördern. Aus diesem Grunde ist die wesentlichste Forderung, die wir stellen, daß den Innungen jeder Zwang fern gehalten werde. Im Allgemeinen hat die Vorlage diesen Grundgedanken auch ferngehalten, nur der § 100e stellt eine Lücke dar, welche in das Princip der Gewerbefreiheit gerissen ist. Ganz gewiß hat der Staat das Recht, die Aussicht über das gewerbliche Lehrlingswesen zu führen; dieses Recht mag er aber dann durch seine geschilderten Organe ausüben lassen und nicht die Innungen zu Trägern desselben machen, welche dazu völlig ungeeignet sind. Es wird uns entgegengesetzt, daß es notwendig sei, der öffentlichen Bewegung diese Concession zu machen, wenn wir die Zwangsinnungen vermeiden wollen; dem gegenüber aber erklärt uns Herr von Schorlemer, daß nur durch Zwangsinnungen dem Handwerk geholfen werden könne, und daß er für den § 100e nur stimmen werde, weil er darin einen Weg zur Vereinigung aller Gewerbegegnossen in die Innung sehe. Es ist also thatsächlich nichts anderes, als die Reaktivierung des alten Junftzwanges, die Sie wollen.

Auf die Zahl der Petitionen, welche obligatorische Innungen fordern, können Sie ein großes Gewicht nicht legen. Diese Petitionen gehen von einem Centralpunkt aus und werden mechanisch unterschrieben, oft von Leuten, die gar nicht wissen, was unter „obligatorisch“ zu verstehen ist. (Links: Sehr richtig!) Wenn man behauptet, wir hätten kein Herz für die Frage der Organisation des Handwerks, so erinnere ich Sie daran, daß der Abg. Miquel es gewesen ist, der durch die Aufstellung eines Musterstatuts für die Innungen ohne dieses Gesetz und ohne ihre Hilfe den Anstoß zu diesen Bildungen gegeben hat. Ich bitte Sie, den § 100e abzulehnen, er ist nur geeignet, Zwietracht, Mißgunst und Chifane in das Handwerk hineinzutragen. (Beifall links.)

Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen. In einer persönlichen Bemerkung dankt der Abg. Bamberger dem Abg. v. Minnigerode für die Reclame, die er ihm durch Erwähnung seines Vortrags über den Traubenzoll gemacht habe. Zu diesem Vortrags habe er sehr gute Gründe gehabt, wenn auch nicht so gute, wie sie die Schützöllner der rechten Seite in der Regel für ihre Abstimmmungen haben, da er nicht Weinbergbesitzer sei. Uebrigens freue er sich, daß seine Abstimmung den Gegnern unangenehm sei.

Das Haus tritt hierauf in die Specialdebatte. Nach dem § 97 der Vorlage sollen alle diejenigen, welche ein Gewerbe selbstständig treiben, zu einer Innung zusammenzutreten können. Abg. Baumbach beantragte, wie in zweiter Lesung, die Fassung des jetzigen § 97 aufrecht zu erhalten und zu sagen: „Diejenigen, welche gleiche oder verwandte Gewerbe betreiben u. s. w.“

Der Abg. Baumbach empfiehlt, den alten historischen Begriff der Innung festzuhalten. Eine Erfüllung der Zwecke der Innung, namentlich der Ausbildung der Lehrlinge, sei gar nicht möglich, wenn in einer Innung die verschiedenartigsten Gewerbe vereinigt würden.

Abg. Löwe (Berlin) schließt sich diesen Ausführungen an, während Abg. Günther (Saßfen) die ganze Vorlage für unausführbar hält, wenn man nicht in kleinen Städten, wo die Zahl der Vertreter eines Gewerbes zu gering sei, um eine eigene Innung zu bilden, die Möglichkeit einer Vereinigung mehrerer Gewerbe zu einer Innung zulasse. Der Abg. Böttcher schließt sich diesen Ausführungen an, daß die liberale Partei nicht die alten Innungen rekonstruiren, sondern dieselben im Sinne des freien Genossenschaftswesens aufbauen wolle. Der Antrag Baumbach stehe mit dieser Auffassung in directem Widerspruch.

Abg. von Hellborn tritt gleichfalls dem Antrage Baumbach entgegen. Schon jetzt, wo es gestattet sei, verwandte Gewerbe zu einer Innung zusammenzufassen, habe man Einrichtungen getroffen, welche die technische Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge lediglich in die Hände der speciellen Gewerbegegnossen lege. Diese Einrichtung werde sich auch bewähren, wenn mehrere verschiedene Gewerbe zu einer Innung zusammengetreten.

Der Antrag Baumbach wird hierauf abgelehnt und § 97 unverändert angenommen.

§ 98b handelt von der Genehmigung des Innungsstatuts durch die höhere Verwaltungsbehörde.

Abg. von Zarinski bittet, bei dieser Gelegenheit zu constatiren, daß in den polnischen Landestheilen neben vorhandenen deutschen auch polnische Innungen zulässig seien, und daß ferner der Gebrauch der polnischen Sprache innerhalb der letzteren keinen Grund zur Verlegung der Genehmigung bilde.

Staatssecretär von Bötticher erklärt bezüglich des ersten Punktes, daß dem Wortlaut des § 98 entsprechend beim Vorhandensein einer Innung einer anderen sich neu bildenden die Genehmigung verweigert werden könne; bei Sanhabung des Verfassungsrechts würden sich die Behörden durch politische Rücksichten irgend welcher Art nicht leiten lassen. Der Gebrauch der polnischen Sprache in den Innungen sei um so unbedenklicher, als es für das Reich kein Geschäftssprachengesetz gebe.

Bei § 99 bittet der Abg. Lüders, den letzten Satz: „Für alle Verbindlichkeiten der Innung haften den Gläubigern nur das Vermögen der Innung“ abzulehnen, da man mit dieser Bestimmung die Rechte der Gläubiger gefährde und den Innungen ein gefährliches Geschenk gebe. Der Antrag wird abgelehnt, § 99 unverändert genehmigt.

§ 100e bestimmt nach der Regierungsvorlage, daß den Innungen, welche sich auf dem Gebiete des Lehrlingswesens bemüht haben, nach Anhörung der Aufsichtsbehörde von der oberen Landesbehörde das Recht gegeben werden könne, den nicht der Innung angehörenden Gewerbebetreibenden u. A. das Halten von Lehrlingen zu verbieten. Diese Bestimmung ist in zweiter Lesung mit geringer Mehrheit gestrichen worden; die Abgeordneten Ackermann, v. Hertling und Stumm beantragen die Wiederaufnahme derselben.

Abg. Delbrück: Daß die Befugniß des § 100e, wie seitens des Bundesrathes erklärt worden, in sehr beschränkten Grenzen ausgeübt werden könne, bezweifle ich nicht; die Verhältnisse werden sich aber auch hier als stärker erweisen, als die besten Vorsätze der Menschen. Schon jetzt erbliden die für das Zustandekommen des Gesetzes sich interessirenden Handwerkerkreise die wesentliche Bestimmung desselben darin, daß den Nicht-Innungsmeistern das Recht, Lehrlinge zu halten, entzogen werden könne. Wie will die Verwaltung sich dem in der Folge immer stärker werdenden Drängen nach dieser Richtung hin entziehen? Ich bitte den Antrag Ackermann abzulehnen.

Abg. Ackermann: Der Reichstag hat sich mit seinem in zweiter Lesung gefaßten Beschlusse in Widerspruch gesetzt mit seiner Resolution vom Vorjahre, die in dieser Frage durchaus auf dem Standpunkt der Vorlage steht.

Eine Aenderung in den Verhältnissen, wodurch der diesjährige Beschluß innerlich gerechtfertigt würde, ist nicht eingetreten. Wir haben deshalb geglaubt, jetzt die Möglichkeit einer Correctur herzustellen zu müssen durch Einbringung des auf Wiederherstellung der gestrichenen Bestimmungen gerichteten Antrags, den ich Sie nur bitten kann, anzunehmen. Was wird die Folge sein, wenn Sie bei Ihrem Votum zweiter Lesung bleiben? Die Bewegung in der Handwerkerfrage wird zunehmen, die Forderungen werden sich steigern, man wird gegen das Princip der Gewerbeordnung selbst ankämpfen. Wenn die Handwerker sich selbst bei so bescheidenen Wünschen vom Reichstag zurückgezogen sehen, dann wird das Verlangen nach Zwangsmaßnahmen immer allgemeiner werden. Ohne die Annahme unseres Antrages hat die Vorlage für die Gewerbetreibenden keine Bedeutung; sie verliert dadurch ihr eigentliches Fundament und entfremdet sich ihrem ursprünglichen Zwecke, welcher dahin ging, organisierte Gemeinschaften zu schaffen und durch sie dem Handwerker die Concurrenz mit dem Großcapital zu erleichtern. Will man den Handwerfern Rechte einräumen, durch die ihr Stand gekräftigt wird, so müssen dieselben an organische Verbände geknüpft werden.

Abg. Dr. Laster: Ich empfehle der Aufmerksamkeit des Hauses den Ausdruck des Vorredners, daß das Gesetz dem Handwerker mit Ausschluß des § 100e gar nichts biete, alles Andere, was das Gesetz biete, könnten die Handwerker schon unter der bestehenden Gesetzgebung zu Stande bringen. Damit geht der Führer der Majorität in dieser Angelegenheit, Herr Adernann, ein, daß mit diesem Gesetz ein unnatürlicher Mißbrauch im Publikum getrieben wird, es wird den Handwerkern etwas gegeben, was sie thatsächlich schon haben. (Sehr wahr! links.) Nun sagt Herr Adernann, wir haben 1880 einen Beschluß gefaßt und die Regierung aufgefordert, für die Beschäftigung des Salzens von Lehrlingen einzutreten; was habe sich seitdem geändert? Abgesehen davon nun, daß eine Resolution niemals die Kraft eines Gesetzes beanspruchen kann, hat der Beschluß vom Jahre 1880 gar keine Ähnlichkeit mit dem, was wir heute beschließen sollen, aus dem einfachen Grunde, weil die Innungen, die der damalige Beschluß im Auge hatte, etwas ganz anderes waren, als diejenigen, um welche es sich jetzt handelt. Herr Adernann beruft, daß jetzt den Innungen ein Exklusivrecht gegeben werden soll und die meisten Einwendungen gegen das Gesetz werden durch diese neue Centralisation der Innungen hervorgerufen. Von den in zweiter Lesung gemachten Einwendungen hat Herr Adernann nur die Oberfläche gestreift, auf den Inhalt ist er nicht eingegangen. Wir wollen nicht, daß jetzt Innungen geschaffen werden, die sich auch auf Handwerker nicht gleicher oder verwandter Natur ausdehnen dürfen. Die Bedenken, welche daraus bei der Behandlung der Lehrlingsfrage entstehen, hat selbst der Vertreter der Regierung zugeben müssen, indem er einräumte, es liege eine Gefahr darin, den so erweiterten Innungen die Ordnung des Lehrlingswesens zu übertragen, man hoffe aber, die erprobten und sachverständigen Männer zur Regelung dieser Angelegenheiten heranzuziehen.

Die zweite Aenderung, die die frühere Gewerbeordnung nicht kennt, ist die, daß die Innungen ohne Zustimmung der Behörden sich auf das gesamte Gebiet der höheren Verwaltungsbezirke ausdehnen können, in Preußen z. B. auf einen Regierungsbezirk, während man früher nur Gemeinde-Innungen kannte. Diese Privilegien der Innungen kommen weniger dem platten Lande, als den Städten zu gute. Dehnt sich eine Innung auf das ganze Gebiet eines preussischen Regierungsbezirks aus, so müssen sich die Handwerker entweder an die Innungen anschließen, deren Verwaltung in der Stadt ist, oder aber sie wollen die lästigen Beiträge nicht zahlen, dürfen dann aber keine Lehrlinge halten. Wo bleibt da der conservativ Sinn für Billigkeit und Recht? Wenn Herr Adernann hofft, daß die Verwaltung dieses Unrechts nicht begehen werde, so ist dies ein schlechter Trost. Die Gemeindebehörde kann hier nichts thun, denn die Aufsicht derselben in § 104 wird aufgehoben, sobald eine weitere Gemeinde hinzutritt. Es steht dann im Belieben, die Verwaltung einer anderen Behörde zu übertragen. In welcher Weise die Regierung in ähnlichen Fällen verfahren ist, zeigt die Erfahrung. Hier in Berlin ist erst neulich entschieden, daß das Polizeipräsidium dadurch, daß es gleichzeitig Anordnungen trifft für den Thiergarten, sich seiner Eigenschaft als Localbehörde entzogen hat und als Landesbehörde auftritt. Ich bezweifle sehr, daß unter dem Einfluß des Fürsten Bismarck die Berliner Gemeindebehörde mit der Aufsicht betraut wird, falls Schöneberg angeschlossen werden sollte.

Haben Sie denn überhaupt etwas für die Selbstverwaltung in diesem Gesetze getan? Es ist eine Verbindung von Stärkung der Polizeigewalt, wie wir es seit einem Decennium nicht gesehen haben, mit Privilegien, welche die Corporationen geradezu zu Geschöpfen in der Hand der Polizei machen. Die Polizei kann nämlich höhere Innungsverbände, Innungsaussschüsse schaffen und sie auflösen, wenn sie das „Interesse“, welches das Gesetz als Aufgabe der Innungsaussschüsse bezeichnet, übergriffen haben. Da eine Definition für das Wort „Interesse“ nicht gegeben ist, so steht der Polizeibehörde allein die Entscheidung zu. Will ein Innungsaussschuss verhandeln, so muß er 8 Tage vorher die Tagesordnung der Polizei-Behörde senden, welche einen Beamten zur Ueberwachung der Verhandlung sendet, der dieselbe, falls das „Interesse“ nicht gewahrt wird, auflösen kann. Dies kann sehr häufig geschehen, wenn z. B. das Tabaksmonopol nicht im Interesse der Innungen erklärt wird. Gehen sie die Wege der Regierung, dann bestehen sie weiter, wo nicht, so werden sie aufgelöst. Die Innungen werden in die politische Strömung hineingerissen, nach zwei, drei Jahren werden sie an der politischen Wahlbewegung theilnehmen. Und diese Organisation wollen Sie mit den alten Innungen vergleichen, welche selbst die Gesetze schrieben und die Regierung in der Hand haben? Und nun gar das Lehrlingswesen? Welche Inconsequenz! Man hat gesagt, die außerhalb der Innungen stehenden Meister könnten sich dadurch helfen, daß sie junge Arbeiter aufnehmen. Haben wir nicht deswegen mit großer Mühe das Lehrlingswesen geordnet, um die Zukunft dieser jungen Leute sicher zu stellen, ihnen allen Schutz zu gewähren, damit sie das lernen, womit sie später sich ernähren sollen. Und das Alles wollen Sie Preis geben, um ein Scheinprivilegium zu schaffen.

Sie werden dann allerdings herbeiführen, daß der junge Mann nicht ein Lehrling, sondern ein jugendlicher Arbeiter wird, wenn die thätigen Handwerker es verschmähen werden, der abhängigen Innung beizutreten. Dann wird der Vater lieber auf den Schutz des Lehrlingswesens verzichten, und seinen Sohn lieber als jugendlichen Arbeiter einem thätigen Handwerker übergeben. Wenn das sich über das Land ausbreitet, dann haben Sie mit eigener Hand zerstört, was Sie selbst gemeinschaftlich mit uns geschaffen haben: den Schutz der Ausbildung des jungen Handwerkers. So weit kommt man, wenn man gewissen Strömungen im Volke nachkommen will. Es ist heute gesagt worden, wenn wir das Privilegium nicht jetzt geben, so werde im nächsten Jahre viel mehr gefordert werden. Ja, sind wir denn schon so weit in der Demokratie gekommen, daß wir der Gesetzgebung nicht mehr zutrauen, sie werde an der richtigen Stelle halt machen können. Entweder ist das, was in Zukunft mehr gefordert wird, richtig, dann wird die Gesetzgebung folgen müssen, oder es ist zu verurtheilen, dann habe ich so viel Hoffnung, daß wir noch nicht so weit sind in der allgemeinen Wahltagation und Demagogiepolitik (Unruhe rechts; sehr gut! links), daß dann eine Regierung und ein Reichstag sich finden wird, bereit solche Gesetze zu geben aus Furcht, daß das Volk, die Wähler unzufrieden sein könnten. Wenn ich täglich sehe, wie nicht nur Neben gehalten werden, die aus den Thüren dieses Hauses für die Wähler gesprochen werden, sondern daß man auch als Grund für ein Gesetz angibt, daß das Volk wolle es, so sage ich, es steht sehr schlimm um die Gesetzgebung, welche nicht allein den Mund nach außen in Bewegung setzt, sondern selbst die Ohren nach außen hinstreckt, um zu hören, was man dort wünscht.

Man spricht nun auch von den Lasten und Pflichten, die man den Innungen auferlege; welche sind es denn? Herr Adernann hat es heute gesagt, die Pflichten und Lasten beständen in der Befugnis, Kranken- und Unterstützungskassen und Fachschulen zu errichten. Ja, meine Herren, ich halte das für Rechte, die dem Handwerk aufheben können, nicht für Lasten und Pflichten. Ja, wenn erst die Handwerker fragen: das Gesetz hat uns zwar große Lasten aufgelegt, aber es hat uns doch dafür einen Ersatz gegeben, wir können den anderen verbieten, Lehrlinge zu halten — dann sind sie in einen Geist hinein verfallen, den man fündhafterweise den Geist der alten Zeit nennt. Aber wenn noch ein Kern im Volke lebt, muß der neue Geist entstehen, auch positive Schöpfungen, Unterstützungskassen und Krankenkassen, wieder zu fördern und kräftige Organisationen herzustellen. Dazu haben wir die Hand geboten. Sie haben aber Privilegien in das Gesetz gebracht, welche die Liberalen verhindern, was noch gut an der Gesetzgebung ist, anzunehmen. Wir haben den Muth, gegen die öffentliche Strömung anzukämpfen und glauben das wahre Bestreben des Handwerks mehr zu fördern, als Sie, wenn Sie den § 100e wieder herstellen wollen. (Wiederholter Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. v. Nordde (auf der Tribüne schwer verständlich) plaidirt für die Annahme des Antrages Adernann.

Abg. v. Nordde zur Rabenau fährt aus, daß wenn eine beratende Bestimmung, wie sie der Antrag Adernann enthalte, in das Gesetz aufgenommen würde, es dahin kommen würde, daß das Handwerk auf dem Lande zu Grunde gehen müßte. Denn die Handwerker auf dem Lande würden durch die Entfernung, die bedeutenden Kosten und Unbequemlichkeiten gehindert sein, den Innungen in der Stadt beizutreten und dadurch der Be-

fugnis, Lehrlinge zu halten, verlustig gehen. Sei man aber dahin gelangt, so werde das Handwerk auf dem Lande sich nicht nur nicht weiter entwickeln können, sondern werde immer mehr und mehr zurückgehen und schließlich vernichtet werden. Da den Landeuten nichts weiter übrig bleiben würde, als die betreffenden Waaren von Handwerkern aus der Stadt zu beziehen. Er stimme deshalb gegen den Antrag Adernann.

Abg. Löwe (hoch): Mein Antrag, für den Fall der Annahme des Antrages Adernann, eine Zusatzbestimmung aufzunehmen, daß von demselben Zeitpunkt an der Innungsmeister, der der Regel nach Gesellen nicht beschäftigt, nicht mehr als einen Lehrling und kein Innungsmeister mehr Lehrlinge annehmen und halten darf, als er der Regel nach Gesellen in seinem Geschäft beschäftigt, bezweckt, jener Bestimmung ein Correctiv zu geben. Schon der Abg. Laster hat mit Recht ausgeführt, daß mit dem Gesetze der Polizei eine über das Maß weit hinausgehende Befugnis eingeräumt wird. Wird nun noch der Antrag Adernann angenommen, so tritt zu diesem Mißstande noch hinzu, daß die niedrigsten Interessen der Concurrenz und des Wohltheils zur Herrschaft gelangen, indem den mißliebigen Handwerkern, welche nicht zur Innung gehören, die Möglichkeit, Lehrlinge zu halten, entzogen wird, während gerade die Innungsmeister es ganz in ihrer Hand haben, sich davon so viele als möglich zu halten. Dadurch werden die Handwerker — häufig die strebsamsten — ruinirt und gerade die Absorption des besseren Theils des Handwerks durch die Fabrication herbeigeführt. Denn es ist ganz gewöhnlich, daß gerade Handwerker von geringerer Geschicklichkeit viele Lehrlinge halten, was natürlich für die Ausbildung der letzteren nicht vortheilhaft ist. Wollen Sie daher den Antrag Adernann annehmen, den ich für schädlich halte, so nehmen Sie wenigstens als Correctiv meinen Antrag an.

In namenhafter Abstimmung wird der Antrag Adernann mit 125 gegen 122 Stimmen abgelehnt; der übrige Theil des § 100e, welcher den Innungen, welche sich auf dem Gebiete des Lehrlingswesens bewährt haben, das Recht geben will, Streitigkeiten zwischen Lehrlingen und Meistern, auch wenn dieselben nicht der Innung angehören, zu entscheiden, sowie ferner das Recht, über die Haltung von Lehrlingen Reglements zu erlassen, wird mit 120 gegen 115 Stimmen angenommen; ebenso der Rest des Gesetzes und das Gesetz im Ganzen, sowie die Resolution, welche die Vorlegung eines Gesetzes über die Bildung von Handwerkerkammern verlangt. Damit ist die dritte Lesung der Vorlage beendet.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Nachtrags-Stat für den Volkswirtschaftsrath; Aenderung des Zolltarifs; Unfallversicherung.)

Berlin, 9. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Senatpräsidenten a. D., Geheimen Ober-Justizrath Merrem zu Köln den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Kreisphysikus a. D., Medicinalrath Dr. Münchmeyer zu Weine den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Hauptmann von Ludwig, Chef der Provinzial-Invaliden-Compagnie zu Gisleben, dem Hauptmann a. D. Lambert zu Torgau, bisher Compagnie-Chef im 4. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 72, und dem Kreisbauinspector Holle zu Seest den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Obersten und Train-Inspector von Rupfen-jierna zu Berlin den Königlich Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Obersten z. D. Zacha, bisher Bezirks-Commandeur des 1. Bataillons (Bartenstein) 5. Preussischen Landwehr-Regiments Nr. 41, den Königlich Kronen-Orden dritter Klasse; dem Gesang- und Elementarlehrer am Gymnasium zu Quedlinburg, Musikdirector Wadermann, den Königlich Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Hauptlehrer Weil zu Niederbromm im Kreise Hagenau das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Der Oberförster Dr. Köhl zu Breitenheide ist auf die durch Pensionierung des Oberförsters Köhl erledigte Oberförsterstelle zu Wilhelmshöhe im Regierungsbezirk Danzig berufen worden.

Berlin, 9. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute Vormittag militärische Meldungen entgegen und hörte die Vorträge des Kriegsministers, Generals der Infanterie von Ramele und des Chefs des Militärkabinetts, General-Adjutanten v. Albedyll. Um 2 Uhr überreichte der Flügel-Adjutant, Oberst-Leutnant von Stülphagen, beauftragt mit der Führung des Garde-Füsilier-Regiments, die Orden seines verstorbenen Schwiegervaters, des Königlich bairischen Generals der Infanterie und General-Adjutanten Freiherrn von und zu der Tann-Rathsamhausen. (R.-Anz.)

Berlin, 9. Juni. [Reichstag. — Die Befetzung der Minister- und Unterstaatssekretärposten.] Der Reichstag war in seiner heutigen ersten Sitzung nach den Ferien überraschend zahlreich besucht. Auch die Süddeutschen waren nicht zurückgeblieben und auf der Linken weit weniger Lücken bemerkbar als auf der Rechten. Zu den Anwesenden gehörte auch der Abgeordnete Feldmarschall Graf von Moltke, der, wie bekannt, einen längeren Urlaub genommen hatte, um sich auf sein Gut Kreisau in Schlesien zu begeben. Man war auf allen Seiten des Hauses übereinstimmend der Ansicht, daß es sehr wohl zu ermöglichen sei, die Reichs-tagsarbeiten in 14 Tagen, also bis zum 23. d. Mts. zu erledigen, zumal da neue Vorlagen von irgend welchem Belang nicht mehr zu erwarten sind. — Der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck dürfte demselben, wie ihm nahestehende Abgeordnete meinten, kaum ermöglichen, in dieser Session noch persönlich an den Reichs-tags- Arbeiten Theil zu nehmen. — Die Personalnachrichten, welche über die Befetzung von Minister-, Unterstaatssekretärposten u. verbreitet sind, hat man mit großer Vorsicht aufzunehmen. So hören wir heute von sehr verlässiger Seite, daß Herr von Gössler zunächst seinen Posten im Cultusministerium keineswegs mit dem eines Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern vertauschen möchte, sondern daß derselbe für ein später freiverwendendes Oberpräsidium in Aussicht genommen sei. Für den Fall, daß der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Starke, das Oberpräsidium der Provinz Sachsen erhalten sollte, worüber bis jetzt auch noch kein Beschluß gefaßt ist, wird als sein Nachfolger der jetzige Regierungspräsident in Gumbinnen, Herr von Schlickmann (bis vor kurzem Reichs-tagsmitglied) genannt. — Die Angabe, wonach eine Aenderung in der Befetzung des Oberpräsidiums der Provinz Brandenburg geplant oder die Stellung des Oberpräsidenten, Staatsministers a. D. Achenbach irgendwie erschüttert sei, wird uns mit allen daran geknüpften Einzelheiten und Vermuthungen verbürgt als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

Berlin, 8. Juni. [Deutscher Protestantentag.] Die Versammlung der Delegirten der Deutschen Protestantentage fand heute Nachmittag 4 Uhr im Conversationsaal des Centralhotels statt. Als Delegirte waren vertreten die nachstehenden Vereine: Oberswalde: Lehrer Neumann; Guben: Prediger Vogel (Berlin), Wulterhausen, Neustadt a. d. Oße: Dr. Zischer, Apotheker Sinogowitsch. Der Verband in der Provinz Sachsen war vertreten durch die Delegirten von Halle a. d. S.: Dr. Richter; Kaufmann Dittler; Stadtrath Hildenhagen. Raumburg: Archidiakon Sonntag. Zeitz: Kaufmann Quas. Der Verband in der Provinz Schlesien: Prof. Riegler, Diakonius Vede, Diakonius Just, Breslau. Oberpfarrer H. Ziegler, Liegnitz. Aus Nordwestdeutschland: Hamburg: Hauptpastor Olska, Pastor Kühn — Herr Consul Schröder, Pastor Bud. — Bremen: die Pastoren Dr. Vortig, Frickhöffer, Böb, Dr. Wandorf. — Redacteur A. Lammers. — Elberfeld: Commerzienrath Walter Simons. — Redacteur Dr. Gauthier. — Danabrid: Pastor Klapp. — Hildesheim: Bürgermeister Struckmann, Bildhauer Rühfardt. — Hameln: Wälbensfelder J. W. Meyer. — Landesökonomie-Commissar Wedekind. — Lüneburg: Regierungs-Secretär Luthmer. — Quakenbrück, Menslage, Badbergen: Dr. Selting. — Goslar: Fabrikant Lattmann. — Deynhagen: Fabrikant Liding. — Osterode: Pastor Schmidt. — Aus dem Königreich Sachsen: Dresden: Director Klehe; Pfarrer Sted. Leipzig: Kaufmann Biesbach. Chemnitz: Schuldirector Hoffner; Realgymnasiallehrer Dr. Köhler. Aus Thüringen: Eisenach: Oberpfarrer Dr. Marbach; Odrburg: Pfarrer Gubolt. — Aus dem Großherzogthum Hessen: Darmstadt: Major Reib; Bürgermeister Oßb; Worms: Reichs-tags-Abgeordneter Dr. Schröder; Offenbach: Director Kuhl. — Aus dem Großherzogthum Baden: Heidelberg: Geheimrath Blumhölz; Professor Dr. Hofsten. Briesheim: Stadtpfarrer Klein. — Aus Nassau: Wiesbaden: Stadtpfarrer Bidel; Rentier Rod-Filins; Geh. Hofrath Dr. Freylinus. — Aus der Pfalz: Zweibrücken: Pfarrer Butters; Harsheim: Herr. Vom Berliner Unionsverein: Hr. Hedmann; Director Kempf; Alb. Rodmann; Dr. Salomon; Prof. Dr. Weber; Vic. Dr. Weßky. Die gefälligen Mittheilungen des Schriftführers umfassen einen allgemeinen Ueberblick über die kirchliche Lage. Derselbe constatirt die zunehmende Kraft der ultramontanen Bewegung, die auch gegen den Pro-

testantismus aggressiv vorgeht, ohne die gebührende Abwehr zu finden. Es hieß dort:

„Im eigenen Lager der protestantischen Kirche werden Stimmen laut, welche die „Schweizerkirche“ Rom wider den Liberalismus verteidigen zu müssen glauben und die Stimmführer der allgemeinen lutherischen Konferenz in der „Allgemeinen lutherischen Kirchenzeitung“ erklären die Interessen der lutherischen und römischen Kirche für solidarisirt (S. 1881, 1886). Der Vorsitzende des hannoverschen Synodalausschusses, Abgeordneter Briet, erklärt offen, daß er im Capit nicht den Antidristen fäße, sondern durch sein Studium sich überzeugt habe, daß in der katholischen Kirche christliches Leben herrsche, dem wir nachsehen sollten, und hat die weitgehenden Anträge auf Stärkung der katholischen Kirche im Landtage befürwortet.“

„Die unerhörten Angriffe der Tiroler Bischöfe vom Juni 1880 gegen die protestantischen Gemeinden Tirols haben im deutschen Volke nur schwache Zurückweisung erfahren und keine protestantische Kirchenbehörde oder Synode hat Veranlassung genommen, für den vielgeschmähten Protestantismus einzutreten. — Hingegen zeigten die Katholiken auf ihrer Generalversammlung von Constanz am 13. bis 16. September, daß ihre Zuredung auf den Fortschritt ihrer Kirche sich bedeutend gehoben hat und ein französischer Protestant, E. v. Pressens, gab angesichts dieser Versammlung seiner Verwunderung darüber Ausdruck, wie gewaltig der Ultramontanismus im letzten Jahrzehnt gewachsen sei. — Mit bewunderungswürdiger Ausdauer und ungebeugtem Glauben an die Zukunft ihrer Sache kämpfen trotz der Ungunst der Verhältnisse die Altkatholiken gegen den alten Erbfeind und der Altkatholikongreß von Baden-Baden vom 12. bis 14. September förderte köstliche Zeugnisse echt evangelischen Glaubens und christlicher Wahrheit zu Tage. Mit besonderem Nachdruck dürften die Protestanten die Mahnung der altkatholischen Führer beherzigen, sich mit dem Wesen der vatikanischen Politik gründlich bekannt zu machen.“

„Gegen die Grundpfeiler des modernen Staats, die Gleichberechtigung der Confessionen und die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ist im letzten Vereinsjahr ein Sturm auf unternommen.“

„Die Aufhebung der obligatorischen Civilehe wurde mit besonderem Eifer von den orthodoxen Lutheranern gefordert; die westfälische Provinzial-Synode am 24. September hat einen Nothbehelf über die Schädigung, welche angeblich das Civilstands-gesetz angerichtet haben soll, ausgetrieben; die „Allgemeine lutherische Kirchenzeitung“ überbietet selbst die katholische Presse an Eifer gegen die neue Institution und führt den zaudernden Altkatholiken zu Gemüthe, daß der sacramentale Charakter der Ehe die katholische Kirche zum Kampfe gegen die Civilehe nöthige. Die Petitionen an den Reichstag sind größtentheils von den conservativen Lutheranern in Brandenburg, Sachsen, Pommern eingebracht und wir haben das traurige Schauspiel erlebt, daß die Glieder der Kirche der Reformation mit den Anhängern Roms gemeinsam an der Vernichtung der Freiheit der Kirche gearbeitet haben. Von kirchlich freisinniger Seite sind Gegenpetitionen für die Beibehaltung der Civilehe an den Reichstag gelangt, so vom kirchlichen Verein zu Liegnitz, von den protestantischen Pfarrern der schlesischen Landeskirche; weitere Agitationen sind von unserer Seite unterlassen worden, weil in streng kirchlichen Kreisen selbst das Recht des Staats auf die Regelung der Eheangelegenheiten anerkannt wurde (so vom Prof. Dettlingen-Dorpat, von einer kirchlichen Konferenz zu Herborn am 8. Mai u. a.). Wenn das kirchliche Bewußtsein und das Pflichtgefühl der freisinnigen Gemeindeglieder von den kirchlichen Organen gewedt und gepflegt wird, wenn weiter die äußeren Vorurtheile zur Unterlassung der kirchlichen Handlungen hinweggeräumt sein werden, dürfte den Agitationen gegen die Civilehe der letzte Halt genommen werden. Der Protestantenverein seinerseits darf sich das Zeugnis geben, in diesem Kampfe gegen die Grundrechte des modernen Staats in echt conservativer Haltung seinem ursprünglichen Programm treu geblieben zu sein.“

„In gleicher Weise ist in der größten deutschen Landeskirche unserem Vereine die schwere Aufgabe geworden, für die durch die staatliche Gesetzgebung von 1874—76 gewährleisteten Gemeindeglieder einzutreten und das Programm, welches das Kirchenregiment in den sechziger Jahren zu verwirklichen gesucht, gegen die Angriffe der reactionären Parteien zu verteidigen.“

„Damit Hand in Hand gingen Angriffe gegen freisinnige Geistliche in Schleswig-Holstein, im Königreich Sachsen und es reißt sich daran der Versuch, welcher noch in den letzten Wochen gemacht wurde, die Universität Jena der Herrschaft des Confessionalismus zu unterwerfen.“

Trotzdem giebt es noch eine Reihe von Landeskirchen, in welchen die kirchliche Reform rüstig vorwärts geht.

Diesem Mißtrauen aller freier gerichteten Geister gegen das preussische Kirchenregiment gegenüber hat die freisinnige Partei innerhalb der preussischen Landeskirche, insbesondere die Leitung unseres Vereins selbst einen schweren Stand. Während das Mißtrauen der außerpreussischen Gesinnungsgenossen nur durch eine energische und intensive Arbeit für die Erhaltung der wohlverworbenen Rechte der Gemeinden übernommen werden könnte, besteht gerade in Preußen ein Mißverhältnis zwischen den Aufgaben des Vereins und den Kräften, welche sie zu lösen im Stande sind. Jeder Zug von Geistlichen von außerhalb wird abgeschnitten und in Laientreisen, insbesondere politischen, fehlt es gar sehr an der nöthigen religiösen Energie, um die Widerwärtigkeiten des kirchenpolitischen Lebens zu überwinden. . . .

„Der Verbreitung von Schriften religiösen und kirchlichen Inhalts ist im verflochtenen Jahre die größte Sorgfalt zugewendet.“

„Die Verbreitung unserer kirchlichen Zeitschriften, deren Zahl im ganzen 8 beträgt, haben sich die Vereine möglichst angelegen sein lassen.“

Redacteur Lammers 8. erhaltete Johann einen ersten vorläufigen Bericht der im vorigen Jahre zu Gotha niedergelegten Commission über die Theilnahme liberaler Protestanten an öffentlicher Liebesthätigkeit.

In den weiteren Verhandlungen wurde die Einrichtung einer Correspondenz für politische Zeitungen, die Verbreitung der populären Vereins-schriften behandelt. Die Versammlung vollzog zum Schluß die Neuwahlen des weiteren Ausschusses.

[Ventilierung der Frage einer Tabakfabriksteuer.] Nach der „Weser-Ztg.“ hat der Reichstag die erneute Prüfung der Frage veranlaßt, inwiefern die Einführung der amerikanischen Tabakfabriksteuer bei uns möglich und einträglich sein würde.

München, 9. Juni. [VII. Deutsches Bundesfesthien.] Das erste Vereinsheft der bei dem Central-Comite bereits eingelaufenen Ehrengaben schließt mit der Nummer 50 ab. Diese 50 Ehrengaben repräsentiren einen Gesamtwert von circa 5100 M. Definitiv angemeldet, aber noch nicht eingelaufen sind weitere 37 Ehrengaben im Gesamtwert von circa 10.700 M., demnach zusammen 15.800 M. Die beiden Ehrengaben des Königs von Bayern, sowie des Deutschen Kaisers sind hierin nicht mit begriffen.

Fr. Karlsruhe, 8. Juni. [XXIV. Allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung. II.] An die gefristete Versammlung schloß sich ein Diner, bei dem der erste Toast Se. Majestät dem Kaiser, sowie Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin von Baden galten.

Der heutigen Sitzung wohnte der Geh. Rath Ministerialpräsident a. D. v. Freyhold, Ministerialrath Joos und die Oberlehrer Wallraff, v. Gellert, Witz und Dr. Büllin bei. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Privatdozenten Dr. Wolff (Leipzig) über: „Das Seelische im Kinde und die dadurch begründete Nothwendigkeit einer allseitig logisch physischen Durchbildung des Lehrers.“ Von dem Grundgedanke: „Mens sana in corpore sano“ ausgehend, forderte der Redner: die Schule müsse, wenn sie erfolgreich wirken wolle, auch Erziehungsanstalt sein. Dazu sei es aber zunächst nöthig, daß der Lehrer die körperliche und geistige Beschaffenheit und den Gemüthszustand des Kindes zu erforschen lerne. Specifische Charakteranlagen finden sich in der Seele des Kindes nicht vor. Die vorhandenen Dispositionen seien nur eine Steigerung des Intellekts, eine Steigerung gewisser Gefühlrichtungen (der Liebe, des Wohlwollens, des Mitlebens). Die Dispositionen im Kinde seien außerdem eine vorhandene Empfänglichkeit für das Gefühl der Achtung vor der Person und dem geistig körperlichen Eigenthum anderer Menschen. Neben der Steigerung des intellectuellen Lebens, der Veredelung des Gemüthslebens habe daher alle Erziehung vorwiegend auf die Ausbildung der Charakterentwicklung zu sehen. Unsere Zeit sei leider sehr arm an Charakteren. Geistige Anlagen ohne Charakterbildung haben gar keinen Werth. (Rufe: Sehr wahr, sehr richtig!) Der schlichte Mann mit festem, edlen Charakter vermöge bedeutend mehr zu leisten, als der Mann mit höchster geistiger Veranlagung, dem jedoch der Charakter fehle. (Beifall.) Wenn man aber Charaktere bilden wolle, so müsse die Logik für die Erziehung eine Verwertung erfahren und an den Seminarien sei dahin zu streben, daß neben der allgemeinen Pädagogik auch Logik und Psychologie als gesonderte Disciplinen eingeführt werden. Der Redner schloß seinen langen, sehr doctrinär gehaltenen Vortrag mit der Proposition einer Anzahl in dem Mittheilungen gipfelnden Thesen.

Seminarlehrer Halben (Hamburg) und Realgymnasial-Director Dr. Deype (Bremen) beantragten, auftritt der Thesen des Referenten zu beschließen:

1) Die Bildung des Charakters im Kinde ist eine Hauptaufgabe der eigentlichen Schulthätigkeit. 2) Der Erzieher bedarf einer gründlichen logisch-psychischen Durchbildung. 3) Logik und Psychologie müssen deshalb im Lehrplan des Seminars gebührend berücksichtigt werden. Director Dr. Deppe (Bremen) bemerkte: So lehrreich auch der Vortrag des Referenten gewesen, so muß doch hier in einer deutschen Lehrerversammlung darauf hingewiesen werden, daß es weniger darauf ankommt, die Charakteranlage des Kindes zu erforschen, sondern hauptsächlich durch praktische Beispiele Charaktere zu bilden. Jahre man den Kindern vorhandene Charaktere, edle Männer vor, und ganz besonders seien wir Lehrer selbst befreit, den Kindern ein Vorbild edlen Charakters zu sein (Beifall). So wird uns das mehr nützen, als alle wissenschaftliche Untersuchung von Charakteranlagen. Ich will allerdings hierbei betonen, daß ich die wissenschaftliche Forschung des Herrn Referenten, die ja mit der Praxis immer Hand in Hand gehen muß, keineswegs unterschätze.

Lehrer Pfeiffer (Fürth): Ich bekenne mich zu dem Ausspruch des früheren preussischen Cultusministers Dr. Falk: „Die Schule muß zunächst Unterrichtsanstalt sein.“ Die Schule soll allerdings, soweit sie kann, auch zur Erziehung beitragen, ohne die Hilfe der Familie vermag sie jedoch keine gehörige Erziehung zu bewirken. Die Schule muß sich daher mit aller Energie gegen die Anklage verwehren, daß sie Schuld an der Vermehrung der Verbrechen, Uebervandnahme von Unmündlichkeiten u. habe. Die Schule allein, ohne Mithilfe anderer Faktoren, ist eben außer Stande, ein edles, geistiges Geschlecht zu erziehen. Um dies zu erreichen, müssen ganz besonders die Eltern, oder auch andere edelbedenkende Volksgenossen, die außerhalb der Schule in der Erziehung nichts vernachlässigt werden. Es müssen allerwärts Einrichtungen getroffen werden, wodurch herbeigeführt wird, daß die Kinder außerhalb der Schule dem Nützlichem oder sonstigem Gaste verfallen. Pflicht der Lehrer ist es, selbst unter das Volk zu treten und die Väter und Mütter in Vereinen u. die notwendige Erziehungsmethode zu lehren und sie auf die Wichtigkeit einer regelrechten, gewissenhaften Erziehung aufmerksam zu machen. Nur wenn die Familie in harmonischer Weise mit der Schule wirkt, können Erfolge auf dem Gebiete der Erziehung erreicht werden. Endlich fehlen uns Vereine für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend, die es verhindern, daß das, was wir in dem Herzen des Kindes mühsam gepflanzt, nicht sogleich wieder zerstört werde. In dieser Beziehung ist Berlin mit gutem Beispiele dem übrigen Deutschland vorangegangen und hat dieser Berliner Verein bereits sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Erst wenn es gelungen sein wird, die weiten Volkstheile für die Nothwendigkeit einer guten Erziehungsmethode zu gewinnen, wird es der Schule möglich sein, auf dem Gebiete der Erziehung Erfolgreiches zu leisten. (Lebhafter Beifall.)

Nach noch kurzer Debatte gelangte der Antrag der Herren Salben-Deppe einstimmig zur Annahme.

Professor Höchster (Karlsruhe) sprach hierauf über: „Dialect und Schriftsprache.“ „Es sei eine pädagogische, methodische und nationale Forderung, daß in den Schulen hochdeutsch unterrichtet und gesprochen werde. Diese Lehrmethode werde den Schüler zu einer größeren Aufmerksamkeit anspornen und der Schule und damit auch dem Lehrer eine erhöhte Achtung verschaffen. Aber auch im Interesse der deutschen Einheit liege es, daß wir nun endlich einmal eine deutsche Sprache haben. Berechtigte provinzielle Eigenthümlichkeiten seien ja zu respectiren und man werde es nicht verübeln können, daß im Volke ein provinzieller Dialect gesprochen werde, allein beim Unterricht müsse dieser Schlenker in den deutschen Schulen aufhören. Die Klagen, daß so wenig in Deutschland gelesen werde, resultiren aus dem Umfange, daß die niederen Stände Hochdeutsch selten verstehen. Diesem Zustande müsse ein Ende gemacht werden. In Frankreich z. B. seien derartige Verhältnisse nicht anzutreffen. Die deutsche Schule könne nur dann auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen, wenn sie es sich zum Hauptzweck mache, die schöne deutsche Sprache unverbäulich im Volke zu verbreiten. Nicht derjenige sei ein gebildeter Mann, der gut französisch, sondern der sich correct in seiner deutschen Muttersprache ausdrücken könne. Er beantrage zu beschließen: „Die Versammlung erklärt: Es ist eine pädagogische, methodische und nationale Forderung, daß in der deutschen Volksschule von den Lehrern nur in hochdeutscher Sprache unterrichtet, auch von den Schülern nur hochdeutsch gesprochen werde.“ (Lebhafter Beifall.) Eine Anzahl Redner wandten sich gegen diesen Antrag: Einerseits — so wurde bemerkt — beleihe man damit viele große Dichter provinzieller Mundarten und andererseits werden sich der praktischen Durchführung des Antrages große Hindernisse entgegenstellen. Die Kinder werden den Lehrer in vielen Dingen einfach nicht mehr verstehen. Man sei trotz der deutschen Einheit genöthigt, berechnete provinzielle Eigenthümlichkeiten gelten zu lassen, und zwar um so mehr, als ja doch bezüglich der Schule eine Decentralisation obwalte und wohl auch niemals nach einem einheitlichen Lehrplan für ganz Deutschland geregelt werden könnte.

Seminar-Director Dr. Berger (Karlsruhe): Die berechtigten provinziellen Eigenthümlichkeiten wolle auch Niemand verbannen. Dies schließe aber doch nicht aus, daß der Schulunterricht in hochdeutscher Sprache geschehe. Wenn man die verschiedenen deutschen Mundarten der betreffenden Dichter wegen pflegen wolle, dann werde man genöthigt sein, pfälzisch, bairisch, schwäbisch u. s. w. in den Schulen zu lehren. (Heiterkeit.) Im Einverständnis mit dem Herrn Referenten beantrage er, zu beschließen: „Die Versammlung erklärt: Es ist eine pädagogische, methodische und nationale Forderung, daß in der Volksschule von den Lehrern nur in hochdeutscher Sprache unterrichtet werde.“ Dieser Antrag gelangte schließlich einstimmig zur Annahme. — Auf Antrag des Lehrers Pfeiffer-Fürth wurde beschlossen: „daß zu wirken, daß eine einheitliche deutsche Geographie aufgestellt und eingeführt werde und daß ganz besonders die Lehrvereine dafür gewonnen werden, die deutschen Mundarten als Sprachschatz zu sammeln.“ — Danach endigte die heutige Sitzung gegen zwei Uhr Nachmittags.

Provincial-Beitrag.

— Breslau, 8. Juni. [Stolze'scher Stenographenverein.] In der am 2. d. M. unter Vorsitz des Herrn Rector Adam im böhmischen Brauhaus, Dhlauerstraße Nr. 79, abgehaltenen Generalversammlung hat nachstehende Tagesordnung zur Erlebung: 1) Breslauer Generalversammlungs-Angelegenheit; 2) Verlegung der Uebungsstunden; 3) Bundes-Generalversammlung; 4) Stiftungsfeier. Betreffs Punkt 1 legt der Herr Vorsitzende ein Verzeichnis über sämtliche stenographische Zeitschriften, Lehrmittel, Stenogramme u. s. w., welche auf der Ausstellung in Gruppe Nr. 18 vertreten sind und nur schlechte Arbeiten repräsentiren, vor, deren Vertheilungswert 300 Mark beträgt. Im Weiteren theilt Herr Rector Adam in Bezug auf Punkt 2 mit, daß das bisher in der Realschule zum heiligen Geist benutzte Klassenzimmer eingetretener Umstände halber nicht mehr an den Donnerstagen für die Uebungsstunden zur Verfügung stehe, sondern nur noch für Dienstag und Freitag zu haben sei. In Folge dessen beschloß der Verein, die Uebungsstunden daselbst jeden Dienstag, die Generalversammlungen dagegen jeden ersten Donnerstag im Monat im böhmischen Brauhaus und die geselligen Zusammenkünfte der Mitglieder bei schönem Wetter im Ender'schen Biergarten abzuhalten. Der von der Local-Commission soeben gemachte Vorschlag, die den 19. Juni er. anberaumte Generalversammlung des Oesterreichischen Stenographenbundes im kleinen Saale des Schiefwerdergärtens stattfinden zu lassen, erhielt die Zustimmung des Vereins und wurde alsdann das Programm für dieselbe festgesetzt. Da der Verein am 26. Juni er. sein Stiftungsfeier begehrt, beschloß die Versammlung, daß dieselbe durch einen Ausflug nach Schaffgötsch-Graben zu feiern, unter Zuziehung von Gästen. Nachdem machte der Herr Vorsitzende die Mittheilung, daß dem Vereine von Seiten des Mitgliedes Herrn R. Mac eine große Schreibrädel mit Gestell als Geschenk überwiesen worden ist, wofür die Versammlung ihren Dank durch Erheben der Hände ausdrückte. Hierauf erstattete noch Herr Mac einen Bericht über einen interessanten Artikel im „Magazin für Stenographie“, nach welchem gegen 11 Uhr Abends Schluß der Sitzung eintrat.

— [Bewegung der Bevölkerung.] In der Woche vom 29. Mai bis 4. Juni wurden 46 Ehen (in der Vorwoche 37) geschlossen. Geboren wurden 190 Kinder (103 Knaben und 87 Mädchen), darunter 8 Todtgeborene. Die Zahl der Gestorbenen (eincl. Todtgeborenen) betrug 151 (78 männliche und 73 weibliche). Der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle betrug mithin 39, in der vorigen Woche 24. Von den Gestorbenen fanden im Alter von 0—1 Jahr 54, von 1—5 Jahren 20, von 5—15 Jahren 12, von 15—20 Jahren 2, von 20—30 Jahren 5, von 30—40 Jahren 13, von 40—60 Jahren 22, von 60—80 Jahren 19, von über 80 Jahren 4. Die Todesursachen waren: Scharlach 5, Diphtheritis 2, Unterleibsruhr 2, Ruhr 1, Darm- und Magendarmkatarrh 8, Brechdurchfall 3, Gehirnschlag 3, Krämpfe 18, andere Krankheiten des Gehirns 4, Bräune 1, Lungen- und Nierenkrankheiten 17, andere Krankheiten der Athmungsorgane 17, alle übrigen Krankheiten 51, Unglücksfälle 6, Selbstmord 1. Nach der berechneten Einwohnerzahl von 273,000 kommen in dieser Woche auf 1 Jahr und 1000 Einwohner: Lebendgeborene 34,76, Gestorbene (eincl. Todtgeborene) 28,84.

— [Temperatur. — Niederschläge.] In der Woche vom 29. Mai bis 4. Juni betrug die mittlere Temperatur 16,5, die höchste 24,8, die niedrigste 6,7 Gr. C.

— [Zaubstimmunterrichts- und Erziehungsanstalt in Breslau.] Dem für das Jahr 1880 erschienenen Jahresbericht, durch welche gleichzeitig zu dem am 4. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im Anstaltsgebäude (Sternstraße 8) stattfindenden Prüfung sämtlicher Zöglinge eingeladen wird, ist folgendes zu entnehmen: Der Vorstand der Anstalt hat im vergangenen Jahre mehrere schwere Verluste zu beklagen gehabt. Gymnasialdirector Dr. Fiedler, welcher fast ein Menschenalter hindurch die Anstalt leitete, Kaufmann Schröder (Vorsitzender der Deconomecommission), Warrer Hauke (Seelsorger der katholischen Zöglinge) und Inspector Rees von Esenbeck wurden der Anstalt durch den Tod entzogen. Außerdem verlor die Anstalt einen Schüler durch Tod. Regierungs- und Schulrath Jüttner mußte, indem er einem Rufe nach Regensburg folgte, seine Thätigkeit für die Anstalt einstellen. Die entstandenen Lücken im Vorstande sind durch die Wahl der Herren: Pastor Weingärtner zum Director, des Directors der königl. Gesehlschule Dr. Fiedler zum stellvertretenden Director des Vereins, ferner des Particulars Varisch, des Wäckermeisters Schell, des Stadtraths Geisler und des Curatus Schade zu Vorstandsmitgliedern ergänzt worden. — Nachdem Oberlehrer Klose in den erbetenen Ruhestand getreten war, ist Lehrer Heidt aus Petershagen als neue Lehrkraft in das Lehrercollodium eingetreten. — Der Bericht beklagt im Weiteren, daß die Anstalt mit der Nichtinhabung der Verpflichtung von Eltern und Pflegern der Zöglinge zur Zahlung von Bekleidungsgebern, Schulgebern u. vielfach zu kämpfen habe, daß ferner die heutigen Geldverhältnisse die Einnahmen verringert, die Theuerung der Lebensmittel dagegen die Ausgaben vermehrt hätten. Demgegenüber ist rühmend hervorzuheben, daß der verstorbene Rector Walter in Brief dem Verein 3000 M. als Legat hinterlassen und Rector Joh. Franz Beyer aus Breslau dem Vereine ein Legat von 1500 M. vermacht hat. — An Stelle des Privatdocenten Dr. med. Gustav Joseph ist der Armenarzt Dr. med. Albrecht Richter als Anstaltsarzt getreten. — Am Schluß des Jahres 1879 befanden sich (eincl. 19 Schülern) 160 Zöglinge in der Anstalt. Von diesen schieden aus ausgebildet 21, unausgebildet 4 und durch Tod 1. Dagegen wurden (eincl. 2 Schülern) 28 Zöglinge aufgenommen, so daß am Schluß des vergangenen Jahres 161 Zöglinge in der Anstalt vorhanden waren. — Außer den obengenannten Legaten sind der Anstalt neben den regelmäßigen Beiträgen der Vereinsmitglieder und verschiedenen einmaligen Geschenken in der Zeit vom 1. April 1880 bis ult. März 1881 Vermächtnisse zugegangen: Vom verstorbenen Zahnarzt Wardein 3000 M. von Fr. Franziska Zahn aus Neupendorf 3000 M., von der verstorbenen Frau Kaufmann Constanze Müller, geb. Bofer, 1500 M., von der verstorbenen Frau Particular Johanna Dortsch, geb. Gollner, und vom verstorbenen Kaufmann Friedrich Schröder 1500 M. — Die Einnahme der Anstalt betrug im vergangenen Jahre 180,016,61 M., die Ausgabe 170,502,70 M., so daß ein Bestand von 9513,91 M. verbleibt. Die Rechnung über die Verwaltung des Pensionsfonds der ordentlichen Lehrer der Anstalt weist auf eine Einnahme von 2208,36 M., eine Ausgabe von 2202,50 M., mithin 5,86 M. Bestand. Bei der Verwaltung der Wittwenkasse der ordentlichen Anstaltslehrer zeigt sich eine Einnahme von 1017,71 M., eine Ausgabe von 1010 M., so daß ein Bestand von 7,71 M. verbleibt. Die Capitalien des Pensionsfonds betragen 357,143,22 M. (davon gehören 310,250,97 M. zur freien Verfügung, 46,892,25 M. zu besonderen Zwecken). Die Capitalien des Lehrerpensionsfonds haben eine Höhe von 25,625,86 M., die des Lehrerruhestenpensionsfonds eine Höhe von 7827,71 M. erreicht. Außerdem besitzt die Anstalt noch: a. das Grundstück Sternstraße Nr. 8 mit dem Institutsgelände, verpfändet bei der städtischen Feuerlöschgesellschaft mit 166,700 M., b. das Grundstück Sternstraße 8a und Monpaußstraße Nr. 1 mit dem darauf erbauten Lehrerwohnhaus, verpfändet bei der städtischen Feuerlöschgesellschaft mit 35,000 M. — Die Einkünfte der in diesem Jahre zu entlassenen Zöglinge betragen Sonntag, den 3. Juni, Vormittags 10½ Uhr, für die evangelischen in der Eiskauf Jungfrauenkirche, für die katholischen 9½ Uhr in der Marienkirche statt. — Alle Aufschriften in Sachen der Anstellung oder Aufnahme von Zöglingen sind an den Rector der Anstalt, Herrn Bergmann, Sternstraße Nr. 8, zu richten.

Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Karlsruhe, 9. Juni. Der Großherzog und die Frau Großherzogin mit der Prinzessin Victoria und dem Prinzen Ludwig haben sich heute Mittag zu längerem Aufenthalt nach der Insel Mainau begeben. Der Erbprinz ist Nachmittags nach Potsdam zurückgekehrt.

Karlsruhe, 9. Juni. Die allgemeine deutsche Lehrerversammlung wählte in ihrer heutigen letzten Plenarversammlung Bremen als Ort der nächsten 1883 stattfindenden Versammlung und wurde alsdann mit dreifachen Hochs auf den Kaiser und den Großherzog von Baden geschossen.

Paris, 9. Juni. Der Senat beriet den Gesetzentwurf über die Listenwahl. Millard und Dauphin sprachen sich für die Listenwahl, Jonin und Waddington gegen dieselbe aus. Das Ministerium enthielt sich jeder Meinungsäußerung. Der Senat beschloß in geheimer Abstimmung mit 148 gegen 114 Stimmen, auf die Verathung der einzelnen Artikel nicht einzugehen. — In der Kammer brachte der Kriegsminister eine Supplementar-Creditforderung von 14 Millionen für die Expedition nach Tunis ein.

London, 9. Juni. Das Unterhaus nahm mit 77 gegen 49 Stimmen Monts Antrag an, welcher den reactionären Charakter des neuen französischen Tariffs bedauert und erklärt, kein Handelsvertrag mit Frankreich sei befriedigend, der nicht durch weitere Ermäßigung der Zölle auf die Entwicklung der Handelsbeziehungen beider Länder abziele. Im Laufe der Debatte erklärte Dilke, er bedauere, das Haus unter den obwaltenden Umständen auffordern zu müssen, den Antrag nicht anzunehmen, dessen Wortlaut er fast gänzlich billige, aber Unterhandlungen seien jetzt im Gange; falls diese eine billige Aussicht auf Erfolg bieten, werde es nöthig sein, eine provisorische Verlängerung des alten Handelsvertrages zu verlangen.

London, 9. Juni. Unterhaus. Auf eine Anfrage Churchill's erklärt der Staatssecretär des Innern, Harcourt, die Meldungen der Zeitungen über die Vorgänge in Stull, Skibberen und Vallydebole seien übertrieben, seit gestern sei an diesen Orten überhaupt nichts Ernstes vorgekommen.

Bukarest, 9. Juni. Die Deputirtenkammer hat die Gründung einer landwirthschaftlichen Creditanstalt in Erwägung genommen. — Der frühere Ministerpräsident Ioan Bratiano hat aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat als Senatsmitglied niedergelegt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(B. L. V.) Paris, 9. Juni. Abends. [Boulevard.] 3½ Rente 86, 80. Rente Anleihe 1872 119, 47. Türken 17, 02. Neue Egyptier 385, —. Banque ottomane —. Italiener 93, 75. Chemins —. Oester. Goldrente —. Ungar. Goldrente 103, 75. 4proc. ung. Goldrente —. Spanier erster 24½, do. inter. —. Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —. Türkenloose 60, 25. Türken 1873 —. Amortisirbare —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Watt. Frankfurt a. M., 9. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß Course.] Bonnder Wechsel 20, 495. Pariser Wechsel 81, 17. Wiener Wechsel 175, 07. Köln-Mindener Stamm-Actien 152½. Rheinische Stamm-Actien 164½. Hessische Ludwigsbahn 97½. Köln-Mind. Brämien-Anth. 131½. Reichsbank 102½. Reichsbank 150. Darmstädter Bank 168. Meiningen Bank 100½. Oester.-ungarische Bank 727, —. Credit-Actien 305½. Wiener Bankverein 119½. Silberrente 67½. Papierrente 67. Goldrente 82. Ungarische Goldrente 102½. 1860er Loose 128. 1864er Loose 329, —. Ung. Staatsloose 238, 50. Ung. Ostbahn-Oblig. II. 96½. Böhmische Westbahn 267. Elisabethbahn 180. Norddeutsche 177½. Galizier 274. Franzosen 321½. Lombarden 106½. Italiener —. 1877er Russen 92½. 1880er Russen 75½. II. Orientanleihe 59½. III.

Orientanleihe 60½. Central-Pacific 115½. Buschthieder —. Ungar. Papierrente —. Elbthal —. Lothring. Eisenwerke —. Privat-Discont —. pCt. Spanier —. Schwach.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 306½. Franzosen 324½. Galizier 274. Lombarden 104½. Oester. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 9. Juni, Nachm. [Schluß Course.] Preuss. 4proc. Conjols —. Hamburger St.-R. 126½. Silberrente 67½. Oest. Goldrente 82. Ung. Goldrente 102½. 1860er Loose 129½. Credit-Actien 306½. Franzosen 312. Lombarden 262. Italien. Rente 92½. 1877er Russen 92½. 1880er Russen 74½. II. Orient-Anl. 57½. III. Orient-Anl. 58. Laurahütte 106½. Norddeutsche 175½. 5½ Amerik. 95½. Rhein. Eisenb. 163½. do. junge 160½. Bergisch-Märkische do. 116½. Berlin-Hamburg do. 275. Altona-Riel do. 171½. 5proc. oest. Papierrente —. Discont 2½ 0/0. — Schluß fest.

Hamburg, 9. Juni, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen pr. Juli-August 212, 00 Br., 211, 00 Gd., pr. Septbr.-Octbr. 210, 00 Br., 209, 00 Gd. Roggen pr. Juni-Juli 195, 00 Br., 194, 00 Gd., pr. Sept.-Octbr. 172, 00 Br., 170, 00 Gd. Hafer u. Gerste unverändert. Rübsöl ruhig, loco 54, 50, pr. October 57, 00. Spiritus fest, pr. Juni 49½ Br., pr. Juli-August 49 Br., pr. August-September 49 Br., pr. September-October 48½ Br. Raffee sehr fest, Umf. 5000 Sack. Petroleum höher, Standard white loco 8, 00 Br., 7, 90 Gd., pr. Juni 7, 85 Gd., pr. September-Dechr. 8, 30 Gd. Wetter: Bewölkt.

Josen, 9. Juni. Spiritus pr. Juni 56, 00, pr. Juli 56, 30, pr. August 56, 60. Gef. 10,000 Liter. Fest.

Liverpool, 9. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Aufwärtslicher Umf. 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 6000 Ballen, davon 2000 B. amerikanische. Middl. amerikanische Juli-August-Lieferung 6¼ D.

Liverpool, 9. Juni, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umf. 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Middl. amerikanische August-September-Lieferung 6¼ D. Liverpool, 9. Juni, Nachm. Officielle Notirungen. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Definitiver Umf. — Ballen. Upland good ordinary 5¼, Upland low middling 5½, Upland middling 6½, Mobile middl. 6½, Orleans good ordinary 5½, Orleans low middl. 5½, Orleans middl. 6¼, Orleans middl. fair 7¼, Bernam fair 6¼, Santos fair —, Bahia fair —, Malacca fair 6¼, Maranham fair 6½, Egyptian brown middl. 4¼, Egyptian brown good fair 6¼, Egyptian white good fair 6¼, Smyrna fair —, M. G. Broad fair —, Dhollerah middl. 3, Dhollerah good middl. 3½, Dhollerah middl. fair 3½, Dhollerah fair 4½, Dhollerah good fair 4½, Dhollerah good 5½, Omra fair 4½, Omra good fair 4½, Omra good 5½, Sindh fair 3½, Bengal fair 3½, Bengal good fair 4½, Madras Timmell fair —, Madras Timmell good fair 5½, Madras Western fair 4, Madras Western good fair 4½.

Paris, 9. Juni, Nachm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine fest, pr. Herbst 11, 00 Gd., 11, 02 Br. Hafer pr. Herbst 6, 50 Gd., 6, 55 Br. Mais pr. Juni 6, 38 Gd., 6, 40 Br. Rohlraps —. Wetter: Regnerisch.

Paris, 9. Juni, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Juni 29, 00, pr. Juli 28, 60, pr. Juli-August 28, 40, pr. September-December 27, 50. Roggen ruhig, pr. Juni 22, 25, pr. September-December 19, 75. Mehl fest, pr. Juni 64, 75, pr. Juli 63, 75, pr. Juli-August 63, 30, pr. September-December 9 Marques, 59, 80. Rübsöl ruhig, pr. Juni 75, 25, pr. Juli 75, 50, pr. Juli-August 75, 75, pr. September-December 76, 75. Spiritus fest, pr. Juni 63, 75, pr. Juli 63, 50, pr. Juli-August 63, 50, pr. September-December 61, 00. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 9. Juni, Nachmittags. Rohzucker 88° loco fest, 61, 75—62, 00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. Juni 73, 50, pr. Juli 74, 10, pr. Juli-August 74, 25, pr. October-Januar 63, 80.

London, 9. Juni, Nachm. Habannazucker Nr. 12 26¼. Sehr stramm.

Amsterdam, 9. Juni, Nachmittags. Baccasium 53½.

Antwerpen, 9. Juni, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen weidend. Hafer ruhig. Gerste unverändert.

Antwerpen, 9. Juni, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., pr. Juli 19½ bez., pr. September 20½ bez. und Br., pr. September-December 21¼ bez., 21¼ Brief. Steigend.

Bremen, 9. Juni, Nachmittags. Petroleum steigend. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 90, pr. Juli 8, 00, pr. August-December 8, 35. Alles bezahlt.

Handel, Industrie u.

Berlin, 9. Juni. [Börse.] Der frische Zug, von welchem der Börsenverkehr vor 8 Tagen in so vortheilhafter Weise durchströmt wurde, hat sich auch heute nicht wieder eingestellt. Die Speculation scheint nicht geneigt, die vor den Feiertagen erledigten Engagements wieder aufzunehmen, um so weniger, da die Haltung der auswärtigen Plätze zu erneutem Vorgehen auf der Haufbahn wenig ermutigt. Insbesondere ist es die Wiener Börse, welche, an einer intensiven Abspannung der Kräfte leidend, einer Vorrückungsbewegung hindernd entgegentritt. Die Versorgungsschwäche scheint dort bereits in Permanenz erklärt zu sein und seitens der großen Wiener Institute ist offenbar auf Maßnahmen zur Abhilfe dieses Mischandes nicht zu hoffen. Umfangreiche Realisirungen stehen deshalb in Wien ununterbrochen auf der Tagesordnung und drücken dort wie hier auf den Courstand der leitenden Werthe. Es ist eben die anormale Lage der internen Börsen-Verhältnisse, welche eine Entlastung zur unumgänglichen Nothwendigkeit macht und eine bessere Strömung auf den Effecten-Märkten nicht zum Durchbruch kommen läßt. Thatsächliche Momente, welche die stathabende Tendenz-Abschwächung motiviren könnten, lagen heute so wenig vor, als es gestern der Fall gewesen ist. Die geschäftliche Thätigkeit war auch heute eine höchst begrenzte, Kaufkraft war wiederum nicht vorhanden, dagegen wurden Versuche zu Realisationen größeren Umfanges gemacht. Die Arbitragewerthe hatten unter dem Einfluß der niedrigen Wiener Notirungen und der Abgaben, welche einer unserer bedeutendsten Hauf-Speculanten ausführen ließ, sehr erheblich zu leiden. Auch die speculativen deutschen Bankwerthe mußten procentweise zurückgehen, trotzdem das Angebot in denselben nicht bedeutend war. Die inländischen Bahnen lagen im Gegensatz zu den österreichischen ziemlich fest, mußten aber dennoch der allgemeinen schwachen Tendenz im Preise Rechnung tragen. Russische Fonds verkehrten in unentschiedener Haltung, österreichisch-ungarische Renten blieben vernachlässigt, während Italiener auf Grund von Gerüchten, welche die italienische Anleihe-Operation als dem Abschluß sehr weit entfernt darstellen, wesentlich nachgeben. Gegen Schluß der Börse nahm die retragrade Bewegung einen größeren Umfang an und ging in eine entschiedene matte Haltung über. Oesterreichische Creditactien eröffneten 613, gingen bis 610 zurück und schlossen 611. Franzosen gingen von 648—648½ auf 645 zurück und schlossen 647. Lombarden fielen von 213½ auf 208 und hoben sich bis 209. Auf dem Markt für inländische Eisenbahnactien herrschte eine ziemlich feste Tendenz. Wenn sich die Course in vielen Fällen auch niedriger stellten, so war zu den ermäßigten Notirungen jedoch Nachfrage vorhanden. Als recht fest und im Laufe der Börse anziehend, haben wir Bergisch-Märkische Eisenbahnactien anzuführen, in denen sich auch ein ziemlich lebhafter Verkehr entwickelte. Im Gegenlag zu den inländischen Devisen mußten sich österreichische Bahnactien größere Coursreductionen gefallen lassen, besonders Galizier, Nordwestbahn, Dur-Bodenbacher und mährische Westbahn. Preuss. Conjols gingen in größeren Beträgen um, während deutsche Reichsanleihe vernachlässigt blieb. Privatdiscont 2¼ pCt. Die speculativen Bankactien mußten sich nicht unerhebliche Coursabschläge gefallen lassen. Discontocommandittheile verloren 4¼ pCt., Deutsche Bankactien 3¼ pCt. und Darmstädter Bankactien 1¼ pCt. Auch Cassabanactien mußten zum Theil nachgeben. Industriewerthe waren im Allgemeinen still. Augsburger Pferdebanactien notirten 109,40, Obligationen 101. Bergwerksactien blieben still und zum Theil abgeschwächt; speculativ behauptet.

Um 2½ Uhr: Schwach. Lombarden 210,50, Franzosen 648,50, Credit 612,50, Dortmundener Stamm-Prior. 82,50, Laurahütte 107,62, Darmstädter Bank 168,25, Deutsche Bank 161,75, Discontocommandit 219,50, Wiener Bankverein 235,00, Bergische 116,50, Freiburger 106,50, Mainzer 97,37, Rechte-Deutscherbahn 153,75, Oesterreichische 118,50, Galizier 136,75, Buschthieder 81,00, Rumänier 103,62, Oester. Goldrente 81,75, do. Silberrente 67,25, do. Papierrente 66,75, Ungar. Goldrente 102,37, Italiener 92,62, Russen, alte 90,50, do. neue 94,50, do. 1880er 75,75.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oester. Silber-Coup. 174,95 bez., do. Eisenbahn-Coupon 174,95 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 30 Br. t. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,20,— bez., do. Eisenbahn-Prioritäten

Zimmer eintritt. Bei vollständigem Lichtausschlusse von außen strahlen die Wände ein ungemein angenehmes blaues Licht aus, welches nach und nach blässer, dann fast weiß wird, in diesem Zustande aber viele Stunden lang verbleibt. Der blaue, helle Schein läßt sich durch zeitweiliges Öffnen der Thüren und Laden in sehr kurzer Zeit wieder herstellen. Die Eigenschaften chemischer Körper, im Dunklen nachzulendigen, war schon im Alterthume bekannt, und im 17. Jahrhundert haben sich Chemiker mit dem eingehenden Studium solcher Körper, die sie Lichtfänger oder Lichtmagnete nannten, beschäftigt. Als Stoffe, welche nach vorhergehender Bestrahlung im Dunklen leuchten, sind Schwefspath, Flußspath, Kalkspath, Kreide, Zunder, Alabaster und andere bekannt; stärker leuchten gewisse Schwefelverbindungen, wie schwefelsaures Strontium, schwefelsaures Barium und schwefelsaures Calcium, doch zerfallen die genannten Schwefelverbindungen sich an der Luft sehr schnell und können daher nur in hermetisch verschlossenen Glasröhren aufbewahrt werden. Die Erfindung Balmain's, des Directors der Alkaliwerke in Lancashire, besteht nun darin, einen Körper herzustellen, der sehr leuchtfräftig ist und auf den weiterhin atmosphärische Einflüsse durchaus keine Wirkung haben, welche man also ungehindert der Luft, der Feuchtigkeit u. ansetzen und für technische Zwecke der mannigfachsten Art verwenden kann. Bei Anwendung der Farbe wird das weiße Pulver mit Wasser, Del oder einem farblosen Oel zu einer Leuchtirfarbe angerührt und mit dieser alsdann Gegenstände, welche im Dunklen leuchten sollen, mehrfach bestrichen. Der Erfinder erwägt ernstlich die Möglichkeit, auch die Häuser außen mit seinem Leuchtir zu versehen, welche dann während der Nacht hinlängliches Licht verbreiten, um die Laternen entbehrlch zu machen. Diese Anwendung — jedenfalls die wichtigste von allen — ist wohl deshalb bei jetzt noch nicht möglich, weil die Balmain'sche Farbe zur Zeit noch zu theuer ist, doch glaubt der Erfinder, sein Product mit der Zeit auch viel billiger herstellen zu können.

[Unempfindlichkeit erzeugt durch rasches Athemholen.] Die Aerzte zerbrechen sich bekanntlich seit langer Zeit die Köpfe der Chemiker, ein wirksames und dabei harmloses Mittel aufzufinden, welches bei ihren Operationen Anästhesie, will sagen Gefühllosigkeit, der Patienten bewirkt. Ein Amerikaner, Dr. Brownill in Philadelphia, giebt nun eine Methode an, welche ohne irgend ein chemisches Mittel, Aether, Chloroform oder dergleichen diese erwünschte Gefühllosigkeit auf die denkbar einfachste Weise, gleichsam mechanisch hervorruft. Man hat nichts zu thun, als recht lebhaft Athem zu holen, und zwar in dem Grade, daß man die Athembewegungen von 16 oder 20 auf 100 in der Minute bringt, was Jeder ohne große Mühe zuwege zu bringen vermag, wie ein kleiner Versuch lehrt. Nach zwei oder drei Minuten beschleunigter Respiration spürt man Ohrenausen und ist dann schon so unempfindlich geworden, daß man sich einen Zahn reißen lassen kann, ohne Schmerz zu empfinden. Andere amerikanische Aerzte, Lee, Ash, Carleton, Hewson, sollen diese Methode so praktisch befunden haben, daß sie sich sogar bei schwereren Operationen derselben bedienen, und die beiden Letzgenannten in ihrer gebürschförmigen Klinik gar keine anderen betäubenden Mittel mehr anwenden. Wie kann nun aber durch Athemholen Unempfindlichkeit hervorgebracht werden? Einfach aus demselben Grunde, welcher Ohnmacht und Unempfindlichkeit beim Einathmen von Aether, Chloroform &c. bewirkt! Die Aufnahme von Aether oder Chloroform verbindet nämlich während des Athmens den Eintritt des Sauerstoffes in das Blut und ebenso den Austritt der Kohlensäure aus dem Blute. Es ist die im Blut enthaltene Kohlensäure die die Ohnmacht, resp. die Unempfindlichkeit bewirkende Kraft. Nun erhalten aber die amerikanischen Aerzte mittelst des beschleunigten Einathmens dasselbe Resultat: daß nämlich der Sauerstoff der Luft die Lungenwände nicht durchdringen und daß die im Blut enthaltene Kohlensäure nicht frei werden kann. Auf diese Art also wird die Ohnmacht erzeugt, aber allerdings nur eine partielle, deren Wirkung sich einfach auf die Empfindungsnerben erstreckt. Sie ist nicht so stark, um des Gebrauchs der Sinne zu berauben und zum Schlafe zu zwingen. Der Patient wohnt den verschiedenen Phasen der Operation bei, er sieht sie, aber er leidet nicht darunter.

.....

John von Sapp, Duff & Sapp. (21. January, in Dresden)

John von Sapp, Duff & Sapp. (21. January, in Dresden)